

Karl-Heinz Simon

Die Sache mit dem Klima

Klimaschutz hinterfragt

Ein Klimaschutz-Hype?

Seit Längerem steht das Thema ›Klima‹ prominent auf der politischen Agenda, zum einen aufgrund intensiver Auseinandersetzungen auf der Ebene internationaler Politik, zum anderen aber auch in Folge zivilgesellschaftlicher Aktionen und Forderungen. Ein wesentlicher Streitpunkt ist dabei der Bedarf an finanziellen Mitteln für einen Umbau etwa des Energiesystems, um Treibhausgasemissionen zu senken und vereinbarte Reduktionsziele zu erreichen. Allerdings ist die aktuelle Situation (im Jahr 2020) dadurch gekennzeichnet, dass, in Reaktion auf die ›Corona-Krise‹, staatlicherseits gigantische finanzielle Mittel bereitgestellt werden, deren Verwendung nicht unbedingt auch mit Klimazielen kompatibel ist. Inwieweit es hier gelingt, Fördermaßnahmen an Klimaziele zu koppeln, ist weitgehend offen. Jedenfalls gibt es starke Akteure, die ein ›Weiter-so-wie-vorher‹ fordern, also ein Zurück zu Verhältnissen, die gerade den Klimawandel maßgeblich angetrieben haben. Politik auf nationaler und auch EU-Ebene laviert zwischen Restaurierung und Veränderung, etwa mit großangelegten ›Green New Deal‹-Vorschlägen, deren Problemlösungskapazitäten sich erst noch erweisen müssen.

Viele der Entscheidungen und Maßnahmen, die zur Einschränkung des Klimawandels beitragen sollen, werden unter dem Begriff ›Klimaschutz‹ kommuniziert. Zwar wird von wissenschaftsnaher Seite dieser als »Schlagwort« bezeichnet (Herrler 2016) und auch betont, dass es sich um eine globale Herausforderung handelt (Borsch u. Hake 1998), aber insbesondere in den zuständigen Ministerien auf Bundes- und Länderebene sowie nachgeordneten Behörden und Lobbyeinrichtungen der Industrie wird der Begriff gerne verwendet, um umfassend Aktivitäten zu beschreiben, die

einen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen leisten sollen. Programme wie die *Nationale Klimaschutzinitiative*, in deren Rahmen ein breites Spektrum an Projekten gefördert wird, oder auch eine Vielzahl kommunaler Aktivitäten sind dafür Beispiele. Aber auch spezifische Innovationen und technologische Entwicklungen werden unter dem Label ›Klimaschutz‹ verbucht. Dieser Begriff soll im Folgenden nach zwei Seiten hin problematisiert werden, da zu beobachten ist, dass er die mit dem Klimawandel und den Reaktionen darauf verbundenen Herausforderungen eher verschleiert, als greifbar macht. Zum einen, weil er suggeriert, dass hier ein (handlungsrelevantes) Ziel gesetzt wird und angegeben werden kann, wie dieses zu erreichen ist; und zum anderen, weil eine Gemeinsamkeit bei der Problemlösung unterstellt wird, die Handlungsmöglichkeiten überschätzt und Interessengegensätze verdeckt.

Der Zusammenhang von Treibhausgasemissionen und Klimawandel

Es ist lohnend, einen genaueren Blick darauf zu richten, was da geschützt werden soll. Klima wird definiert »als die Zusammenfassung der Wettererscheinungen, die den mittleren Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem mehr oder weniger großen Gebiet charakterisieren« (DWD). Das Klima kam deswegen in die Diskussion, weil seit einigen Jahrzehnten verstärkt Veränderungen nachweisbar sind, die in ihrer Geschwindigkeit weit über das hinausgehen, was aus früheren Zeiträumen bekannt ist. Selbst wenn es zutrifft, dass in erdgeschichtlichen Zeiten immer mal wieder Phasen abrupter Veränderung aufgetreten sind, kann das auf heute Betroffene nur wenig beruhigend wirken. Denn die Konsequenzen dieser Veränderungen sind in vielen Lebensbereichen beunruhigend: Menschliche Gesundheit, Versorgungssysteme wie Landwirtschaft, die Wasserwirtschaft, u.v.a.m. sind negativ betroffen.

In der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Klimawandel hat sich als weitgehender Konsens die Rolle der Treibhausgasemissionen als wichtigster Verursacher herauskristallisiert, neben den Beiträgen, die aus großflächigen Landnutzungsänderungen resultieren. Um also auf die bereits sichtbaren Folgen sowie besonders auf solche, die für die Zukunft zu erwarten sind, zu reagieren, werden Forderungen nach Einflussnahme auf diese Verursacher erhoben.

Die Analysen¹ zeigen, dass bereits Temperaturveränderungen empirisch belegt werden können, die sich (2019) etwa in der Größenordnung von ca. 1 °C (seit den 1850er-Jahren) bewegen, mit überproportionalen Zunahmen in den letzten Jahren.² Es handelt sich dabei um einen hoch aggregierten Wert, der von geografischen Unterschieden und jährlichen Schwankungen absieht. Interessanterweise können in Polargebieten über dem Durchschnitt liegende Temperaturerhöhungen nachgewiesen werden, was wiederum die Veränderungsdynamik zusätzlich antreibt, weil schwindende Eisflächen zu geringeren Abstrahlungen führen und bisherige Permafrostgebiete erhöhte Methan-Freisetzungen aufweisen.

Es wird immer wieder von interessierter Seite eingewandt, dass es Temperaturschwankungen schon immer gegeben hat (z.T. mit Rückgriff auf erdgeschichtliche Zeiten, in denen der Mensch noch keine Rolle gespielt hat) und dass ein Zusammenhang mit menschenverursachten Einflüssen nicht bestünde. Es werden dann stattdessen Sonnenaktivität (etwa Häufigkeit und Ausbreitung >schwarzer Flecken<) oder Vulkanaktivitäten ins Spiel gebracht. In der wissenschaftlichen Diskussion werden diese aber gar nicht geleugnet, sehr wohl aber in ihrer Bedeutung relativiert.

In den aktuellen Debatten zur Durchsetzung globaler Übereinkünfte zur Treibhausgasreduzierung spielt der Gesichtspunkt der >Klimaneutralität< eine wichtige Rolle. Klimaneutral soll heißen, dass nicht zusätzliche Treibhausgasemissionen freigesetzt werden und damit nicht direkt ein weiterer Klimawandel in Gang gesetzt wird. Hierbei geht es weitgehend um Kompensationsmaßnahmen, die Emissionen an der einen Stelle durch Reduzierungen an einer anderen Stelle ausgleichen. Auch die im Kyoto-Protokoll verankerten *Clean Development Mechanisms* sind in diesem Zusammenhang zu sehen, als Teil dessen handelbare Zertifikate zur Treibhausgasminderung bereitgestellt werden. Auf deren Problematik kann hier nicht eingegangen werden, es ist aber bekannt, dass damit z.T. Reduktionsanstrengungen erst dann stattfinden, wenn diesen ein monetärer Wert zugerechnet werden kann bzw. sie in einem Emissionshandelssystem berücksichtigt werden.³

1 Die einzelnen Aussagen beruhen weitgehend auf Ergebnissen der IPCC-Assessments – s. Literaturhinweise am Ende des Beitrags.

2 www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/weltweite-temperaturen-extremwetterereignisse-seit#Chronik (abgefragt 26/6/2020)

3 Darauf wurde bereits 1999 von GERMANWATCH hingewiesen <https://germanwatch.org/de/2874> (abgefragt 26/6/2020)

Es soll aber nicht aus dem Auge verloren werden, dass mittel- bis langfristig gar nicht ›Klimaneutralität‹ gefordert ist, sondern im Gegenteil ›Klimabeeinflussung‹ angebracht wäre, in dem Sinne, dass eine Überkompensation notwendig wird und Negativemissionen realisiert werden müssen (UNEP 2017).

Erste Nachfrage: Ist das Klima schützbar?

Der Zusammenhang zwischen Treibhausgasemissionen und Klimaveränderungen sowie die anthropogenen Ursachen für steigende Treibhausgasemissionen sind seit geraumer Zeit bekannt, auch wenn die Zusammenhänge komplex sind und Wirkungen oft erst mit Zeitverzögerung auftreten. Auch ein sofortiger Stopp der Treibhausgasemissionen hätte nicht zur Folge, dass sich nicht doch ein Klimawandel ereignet. Und auch wenn die nunmehr politisch gesetzte Zwei-Grad- bzw. 1,5-Grad-Grenze (die globale Mitteltemperatur soll, verglichen mit der Situation Mitte des 19. Jahrhunderts, nicht über 1,5 bzw. 2° C steigen) erreicht wird, d.h. dieses Temperaturniveau nicht überschritten würde, wären trotzdem signifikante Änderungen im Klimasystem zu erwarten,⁴ mit durchaus drastischen Folgen. Die Folgen zeigen sich zudem geografisch sehr unterschiedlich verteilt.

Mit dem genannten politischen Ziel wird unterstellt, dass die Folgen des Klimawandels dann noch halbwegs beherrschbar wären und etwa durch Anpassungsmaßnahmen gemildert werden könnten. In der Klimadiskussion spielen zwei Herangehensweisen eine Rolle, z.T. als Gegensätze, z.T. als in geeigneter Weise zu verknüpfen. Unter dem Gesichtspunkt ›Vermeidung‹ wird vor allem eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen thematisiert. Hierbei soll die Energiewirtschaft eine besondere Rolle spielen, da ein Großteil der Emissionen direkt mit der Gewinnung von Energieträgern und der Energieverwendung zu tun hat. Die andere Seite – ›Anpassung‹ – verweist darauf, dass ja bereits Klimawandel stattfindet und dessen Auswirkungen dadurch ›unschädlich‹ gemacht werden sollen, indem ›Vulnerabilitäten‹ (also Gefährdungspotenziale, z.B. für die menschliche Gesundheit) erkannt und Begleitmaßnahmen ergriffen werden, um Gefährdungen nicht wirksam werden zu lassen bzw. diese abzufedern.

⁴ Wobei es hier nicht um die natürlichen Wandlungsprozesse und Fluktuationen geht, sondern durchaus um die anthropogenen Einflüsse.

Gerade im Spannungsverhältnis zwischen Vermeidung und Anpassung stellt sich die generelle Frage, worauf die ›Schutz-Terminologie‹ eigentlich zielt.⁵ In der politischen Diskussion wird unter Schutz verstanden, gesetzte Klimaziele zu erreichen, wie sie in zahlreichen internationalen Konferenzen vereinbart und, diesen nachfolgend, in nationalen ›Klimaschutzplänen‹ verankert wurden. Von wissenschaftlicher Seite wird allerdings kritisiert, dass diese Ziele, die für einzelne Länder die Reduzierung von Treibhausgasemissionen in einer bestimmten Höhe einfordern, nicht ausreichen, um das Klimaproblem zu lösen. Vielmehr sind sehr viel ambitioniertere Anstrengungen erforderlich, etwa die Vorgabe, bis zum Jahr 2050 eine global ausgeglichene Bilanz von Treibhausgaseinträgen und Treibhausgaskompensationen zu erreichen.

Selbst wenn sich Veränderungen in der Konzentration an Treibhausgasen vor Ort aufgrund von ergriffenen Maßnahmen feststellen lassen (darauf zielen ja die mannigfaltigen Aktivitäten, die unter Schutzprogrammen firmieren), bedeutet das keine Lösung des Klimaproblems. Selbst der Einfluss auf das Mikroklima, d.h. die lokalen Gegebenheiten, ist, anders als bei anderen Umweltschutzbelangen, wie der Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft, weitgehend irrelevant für den Gesamtzusammenhang.

Die Analogie zum Begriff ›Umweltschutz‹ läge trotzdem nahe. Auch ›Umwelt‹ ist ein Wirkungsfeld, das schwer eingrenzbar und z.T. unverständlich ist, aber doch oftmals unkritisch als Referenz verwendet wird. Wird jedoch ein Beitrag zum Umweltschutz reklamiert, dann kann in einem Konkretisierungsschritt gefragt werden, welches Umweltmedium in welchem räumlichen Kontext denn als schützenswert angesehen wird, was der zu verbessernde Zustand ist und welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Einzelne Maßnahmen zeigen dann i.d.R. zurechenbare Wirkungen, wenn z.B. Schadstoffeinträge in Gewässer tatsächlich reduziert oder vermieden werden, oder wenn Wirkungsmodelle potenzielle Veränderungen als mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretend darstellen.⁶

Dies ist beim Klima anders. Selbst wenn versucht würde, analog zur Konkretisierung des auch sehr umfassenden Umweltbegriffs lokale oder

5 In den englischsprachigen Berichten des IPCC wird *climate protection* i.d.R. nicht verwendet, sondern *protection* wird konkret auf Schützenswertes wie *coastal protection* oder auch *health protection*, bezogen.

6 Die ›Schutz‹-Rhetorik könnte auch in anderen Zusammenhängen, z.B. in Bezug auf Arbeitsschutz oder Tierschutz, näher beleuchtet werden.

regionale Bezüge herauszustellen, wäre dies aufgrund der Ausgleichsprozesse in der Atmosphäre nicht hilfreich. Lediglich kurzfristig zeigen Einsparerfolge regional Veränderungen in der Treibhausgaskonzentration. Die Skalenproblematik wird hier besonders deutlich. Die Reduktionsziele, als Voraussetzung für die Begrenzung des Klimawandels, können einerseits dann erreicht werden, wenn vielfältigste Aktivitäten in Gang gebracht werden und die relevanten Akteure die globalen Reduktionszusagen einhalten sowie gegenläufige Entwicklungen, z.B. Rebound-Effekte (Santarius 2014), unterbunden werden. Der Rebound-Effekt beschreibt Dynamiken, bei denen Einsparungen an einer Stelle Mehraufwendungen an anderer Stelle induzieren, indem z.B. energieeffizientere Motoren dazu führen, dass ein größeres Auto gekauft oder noch mehr gefahren wird, um ein Beispiel aus dem privaten Konsumbereich zu nennen.⁷ Hier zeigt sich die ungeheuer wirksame Einbettung von individuellen Entscheidungen in eine warenförmig dominierte Bedürfnis->Befriedigung<.

Andererseits sind die Wirkungen der Maßnahmen räumlich und zeitlich derart unspezifisch, dass sich die jeweiligen Beiträge nicht ausmachen lassen.⁸ Auch das kann dazu führen, dass einzelne Einsparerfolge gefeiert und weitergehende Veränderungsnotwendigkeiten nicht thematisiert werden.

Fazit wäre, dass die >Schutz<-Rhetorik also keinesfalls ernst genommen werden darf. Klima ist kein überschaubares Gut, das durch noch so gut gemeinte Einspartätigkeiten >geschützt< werden könnte. Und selbst wenn unter Schutz verstanden wird, dass relevante Beiträge geliefert werden, den Klimawandel auf ein bestimmtes Maß zu verringern (das wäre die pragmatische Interpretation), muss auf die Effektivität einzelner Beiträge eingegangen werden. Denn offensichtlich kann die Geschwindigkeit, mit der Veränderungen im Klimasystem⁹ stattfinden, nur durch sehr breite Anstrengungen weltweit geändert werden. Dazu gibt es seit Längerem das

7 Vgl. dazu genauer den Beitrag *Wie Sand am Meer* von *Ernst Lobhoff* in diesem Band.

8 Von Umwelt-Ethikern wird diskutiert, wie individuelle Verantwortung angesichts nicht nachweisbarer Wirkungen der Emissionen Einzelner aussehen könnte (s. etwa Gesang 2011).

9 Wir ersparen uns hier eine tiefere Diskussion darüber, inwieweit von Klima oder Klimasystem überhaupt als klar fassbarem >Objekt< gesprochen werden kann und welche Rolle menschlichen Akteuren und Handlungen hierbei zukommt. Hier wären Dekonstruktionsanstrengungen sicherlich lohnend.

UNFCCC¹⁰, und es fanden zahlreiche Klimakonferenzen statt, z.T. auch mit gefeierten Ergebnissen (Paris-Agreement). Den meisten ist jedoch bewusst, dass es sich bei diesen Übereinkünften erst einmal nur um Absichtserklärungen handelt und die dort vereinbarten Treibhausgasreduzierungen auch nur als erster Schritt zu verstehen sind, also nicht ausreichen würden, um den Klimawandel zu stoppen. Eine kollektive Entscheidungsinstanz, die die notwendigen Veränderungen durchsetzen könnte, existiert nicht. Das ist sehr wohl bekannt, wird in den offiziellen Verlautbarungen aber gerne ignoriert. Mit derartigen Übereinkünften wird geradezu vermieden, die Frage nach den eigentlichen Ursachen zu stellen und diese radikaler zu thematisieren.

Die Begriffsverwendung ›Klimaschutz‹ ohne den konkreten Hinweis, dass es im Kern doch um die globale und massive Verminderung von Emissionen geht, ist schon deshalb verfehlt, weil bereits der anthropogen verursachte Klimawandel im Gange ist. D.h., das Klima hat sich bereits die letzten Jahrzehnte verändert und ändert sich weiter. Was also wird dann geschützt? Ein *status quo* ist eh nicht zu halten, und eine Rückkehr zu früheren Klimaniveaus ist nicht zu erwarten. Daraus folgt, dass die Folgen des Klimawandels, etwa Einflüsse auf Versorgungssysteme und Lebensbedingungen, in den Fokus rücken müssen und Maßnahmen zu diskutieren und zu ergreifen sind, die es erlauben, mit diesen Folgen umzugehen (s.u.).

Zweite Nachfrage: Verantwortlichkeiten

Zuerst in politischen Stellungnahmen und Materialien, später auch in politiknahen Studien und Analysen wird exzessiv mit dem Begriff ›Klimaschutz‹ agiert. So z.B. in einer BMU-Broschüre zur Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI):

»Die NKI wurde 2008 ins Leben gerufen, um gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteuren aus Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft innovative Ansätze und Konzepte zu entwickeln und aktiv umzusetzen. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Die NKI trägt zu einer Verankerung des Klima-

10 *United Nations Framework Convention on Climate Change*

schutzes vor Ort bei, sie macht den Klimaschutz erlebbar und schafft zahlreiche Beispiele zur Nachahmung.«¹¹

Oder auch: »Viele Einzelne können durchaus etwas für den Klimaschutz bewegen. Die zentrale Botschaft war: Klimaschutz braucht alle. Jeder kann seinen Beitrag leisten. Schon ganz einfache Dinge können helfen. Getreu der Devise: Zusammen ist es Klimaschutz.«¹² In diese Richtung – die Einflussmöglichkeiten vieler Einzelner – verweisen auch Buchtitel wie *Wie Menschen weltweit das Klima retten*, mit der Dokumentation von »Best-Practice«-Projekten für »nachhaltigere« Lebensweisen.¹³ Zu Letzterem können diese sicherlich beitragen, die Wirkungen auf >das Klima< bleiben aber mehr als bescheiden.

Weitere Beispiele:

»Eine erfolgreiche Umsetzung der Klimaschutzziele lässt sich nur dann erreichen, wenn Klimaschutz flächendeckend betrieben wird – und das heißt in allen Kommunen ...«.

»Auf die lokalen Besonderheiten zugeschnitten, bieten Klimaschutzkonzepte eine strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen.«

»Mit einem Klimaschutzkonzept nehmen Sie das große Ganze in Angriff.«¹⁴

Wie groß (und tiefgehend) das »große Ganze« dann tatsächlich sein kann, wäre zu überdenken.

Interessant ist, dass hier der alte Slogan der Ökologiebewegung: >Global denken [Klimawandel], lokal handeln [flächendeckende Maßnahmen]< als regulative Idee aufscheint. Auf der Seite des >Global denken< steht dabei die Wahrnehmung des Klimawandels als *eines* >Menschheitsproblems< – in vielen Beiträgen wird es sogar als *das* Menschheitsproblem bezeichnet.

Angesichts der Größenordnung des Problems, Treibhausgase von derzeit über 35 Gigatonnen pro Jahr (weltweit) in den nächsten Jahrzehnten drastisch zu senken, diese in nicht allzu ferner Zukunft auf *null* zurückzufahren und zu hohe frühere Emissionen durch Negativemissionen zu kompensie-

11 <https://www.klimaschutz.de/ziele-und-aufgaben> (abgefragt 26/6/2020)

12 <https://www.bmu.de/ziele/> (abgefragt 26/6/2020)

13 So eine Verlagsankündigung in *Le Monde Diplomatique* vom Mai 2020.

14 Hier zitiert nach *Klimaschutz mit Konzept (Grüne Reblingen)*, www.klimaschutz.de/zielgruppen/kommunen/foerderung/das-klimaschutzkonzept-als-kernstuecker-kommunalrichtlinie-gute-planung-zahlt-sich-aus (abgefragt 26/6/2020)

ren (Details in UNEP 2017), sowie der Komplexität des Klimageschehens, wird deutlich, dass Veränderungen in einer ganz anderen Größenordnung ansetzen müssten. Der Einfluss einzelner Emittenten ist, isoliert gesehen, demgegenüber unbedeutend, und Einzelbeiträge könnten nur als Teil einer an die Wurzeln der Probleme gehenden Veränderungsdynamik Wirkung entfalten.

Aufgrund der unspezifischen und für Good News anfälligen Begrifflichkeit »Klimaschutz« können dann beliebige Maßnahmen wie »Klimaschutzteilkonzepte zur Erschließung der verfügbaren Erneuerbare-Energien-Potenziale« sowie »Integrierte Wärmenutzung«, aber auch »Sanierung der Innenbeleuchtung des Kunstmuseums Bonn«¹⁵ als Klimaschutz zählen. Und immer wieder werden Beiträge von Konsumenten und Konsumentinnen eingefordert bzw. als zielführend titulierte.

Aus der nunmehr weitgehend akzeptierten Erkenntnis, dass der Klimawandel >menschengemacht< ist, werden also Forderungen an >die Menschen< gerichtet. Angesichts dieser Forderungen lohnt es sich aber, zunächst noch einmal genauer auf die Verursachungsstrukturen zu achten, die sich hinter den Emissionen von Treibhausgasen verbergen. Hierbei sind sehr unterschiedliche Zugänge möglich, u.a. eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen der Produktions- und der Verbrauchsseite.

Eine Untersuchung zu den *Carbon Majors* konnte, global gesehen, ca. 90 Unternehmen der Energiewirtschaft und der Zementindustrie identifizieren, denen ca. 63 % aller seit Beginn der Industrialisierung emittierten Kohlendioxid- und Methanemissionen zugerechnet werden (s. die Analysen von Richard Heede¹⁶). Seit Ende der 1980er-Jahre kann die Hälfte dieser Emissionen 25 Unternehmen (in staatlicher und privater Hand) zugerechnet werden, die auch weiterhin die Fördermengen bestimmen und die Energiepolitik beeinflussen.

Aus einem anderen Blickwinkel heraus lässt sich eine Aufteilung nach Sektoren vornehmen. Eine gängige Aufteilung zeigt dann (bezogen auf Deutschland mit einer Treibhausgas-Gesamtemission von ca. 800 Mio. Tonnen im Jahr 2019), dass die Industrie mit ca. 23 % beteiligt ist, private Haushalte mit ca. 11 % und der Verkehrssektor mit ca. 21 %; der Landwirt-

15 <https://www.kunstmuseum-bonn.de/extras/klimaschutz/>

16 <https://climateaccountability.org/carbonmajors.html> (abgefragt 26/6/2020)

schaft können ca. 8 % zugerechnet werden. Die genaue Zuordnung z.B. der Energiebereitstellung bedarf genauere Analysen.¹⁷

Schließlich können, ein weiterer Zugang, Lebensstile benannt werden, die in unterschiedlichem Maße Treibhausgasemissionen verursachen. Hiermit ist die Seite der Konsumenten und Konsumentinnen in den Fokus gerückt. In globaler Betrachtung sind dann erhebliche Unterschiede hervorzuheben, die der Bevölkerung unterschiedlicher Weltregionen und einzelner Länder rechnerisch zugeordnet werden können. So ist etwa im (globalen) Bevölkerungsdurchschnitt derzeit von etwas über vier Tonnen pro Kopf und Jahr ($t/cap*a$) auszugehen, in den Vereinigten Staaten sind ca. $16 t/cap*a$ zu verzeichnen und in Deutschland ca. $9 t/cap*a$. Demgegenüber liegt etwa Indien mit ca. zwei Tonnen pro Kopf und Jahr deutlich unter dem Durchschnitt.¹⁸

Bereits sehr früh wurde ein Wert von ca. $1,8 t/cap*a$ Treibhausgasemissionen als Maximalwert¹⁹ ins Spiel gebracht, was dann zu Forderungen nach erheblichen Reduzierungen in den >überentwickelten< Regionen führte. Dagegen wären, so die Argumentation, in anderen Regionen, die z.T. noch weit unter diesem Grenzwert (im Mittel) liegen, Steigerungen durchaus gerechtfertigt. Eine Kritik an diesen Durchschnittsbetrachtungen weist aber darauf hin, dass in den meisten Ländern des Globalen Südens erhebliche Unterschiede zu verzeichnen sind, dass also in Ländern mit ansonsten eher niedrigen Durchschnittsemissionen, einzelne Bevölkerungsgruppen sehr wohl einen Lebensstil praktizieren, der denen >im Norden< in nichts nachsteht.

Zudem sind die Werte für die Länder >des Globalen Nordens< viel zu niedrig angesetzt, da Emissionen i.d.R. nur angerechnet werden, wenn sie im Inland nachzuweisen sind. Alle importierten Waren, mit erheblichen

17 <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-emission-von-treibhausgasen> (abgefragt 26/6/2020)

18 Gerundete Zahlen nach der Zusammenstellung unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_CO2-Emission_pro_Kopf (abgefragt 26/6/2020). Ein Ansatz, der die noch erlaubten Emissionsbudgets zeigt, ist bei *Previšić (2020)* zu finden.

19 Dabei waren umweltwissenschaftliche Überlegungen, etwa über die Aufnahmekapazität der Ozeane oder die Geschwindigkeit der Verschiebung von Vegetationszonen, zugrunde gelegt. Hinzuweisen wäre allerdings, dass auch damit weitere Umweltprobleme (wie die Versauerung der Ozeane) verbunden sind.

>ökologischen Fußabdrücken<, werden i.d.R. nicht in die Bilanz einbezogen.

Mit diesen Blickwinkeln gehen dann auch unterschiedliche Adressaten und Verantwortungszuschreibungen einher, wenn es um die Verminderung von Emissionen geht. Allerdings verdeckt dieses weite Angebot an Verantwortlichkeiten eine klare Veränderungsperspektive, zum einen ob da, wie suggeriert, wirklich alle >in einem Boot sitzen<, und zum anderen auch hinsichtlich der Effektivität einzelner Maßnahmen. Wenn alles was im Sinne einer Treibhausgas-Reduzierung getan wird, bereits Schutzcharakter hat, dann muss nicht weiter gefragt werden, ob nicht eher grundsätzlichere Veränderungen in Produktion und Nutzung von Gütern und Dienstleistungen für die Problemlösung notwendig wären, insbesondere eine konsequente Einflussnahme auf die Energiewirtschaft.

Dennoch ›Schutz‹?

Die Kritik an der Begriffsverwendung bedeutet selbstverständlich nicht, dass nicht auch ein kritischer Blick auf die vielen Einzelbeiträge zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen notwendig ist, mit denen dazu beigetragen werden kann, zukünftige Klimaveränderungen auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Wenn das, was mit dem Begriff ›Schutz‹ eigentlich gemeint sein muss, nämlich Treibhausgasemissionen zu reduzieren, überhaupt im Zusammenhang mit dem Klimasystem Sinn machen soll, dann auf der Ebene internationaler Vereinbarungen, die tatsächlich auf die globalen Gesamtemissionen (und weitere Faktoren wie Landnutzungsänderungen etc.) zielen. Die Frage ist dann, wie weit über internationale Vereinbarungen eine hinreichende Eingriffstiefe erreicht werden kann, sodass zum einen die Ursachen hinter den Klimaveränderungen diagnostiziert und daran anschließend Maßnahmen, auf die Ursachen tatsächlich Einfluss zu nehmen, ergriffen werden können.

Der Verweis auf die internationalen Vereinbarungen und die Hoffnung auf die richtige Diagnose und effektive Maßnahmen zeigt ein weitverbreitetes Politikverständnis: Es werden in zähen Verhandlungen Ziele vereinbart, d.h. die Regierungsdelegationen einigen sich auf ein mehr oder weniger zielführendes Reduktionsprogramm. Diese sollen dann – mehr oder weniger verbindlich bzw. überprüfbar – in nationale Programme umgesetzt werden.

Offen bleibt selbst auf nationaler (und erst recht auf internationaler) Ebene, wie die Verpflichtungen umgesetzt werden können, welche – zusätzlich zu Gesetzesinitiativen und formalen Verpflichtungen – vielfältigen Maßnahmen dann jeweils erforderlich sind und wie die vielen (und vor allem die einflussreichen – s.o.) Einzelakteure darauf tatsächlich verpflichtet werden können. Dass angesichts dieser Unbestimmtheiten dann oft >Moral< als letztes Mittel, weitgehend privaten Konsumentinnen auferlegt, ins Spiel gebracht wird, ist wohl kein Zufall. Und inwieweit sich solche Forderungen nicht als folgenlos erweisen, angesichts ihrer Bezogenheit auf das vorherrschende Wirtschaftssystem, bleibt ungefragt.²⁰

Zur Rettung des Anspruchs auf Steuerbarkeit wird gerne auf Einsparerfolge in der Vergangenheit hingewiesen, da die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland gegenüber den 1970er-Jahren tatsächlich stark gefallen sind. Dass dies allerdings maßgeblich aufgrund von Entwicklungen außerhalb des eigentlich Intendierten stattgefunden hat, beispielsweise durch die Veränderung der Industriestruktur (Schließung und Verlagerung von bestimmten emissionsintensiven Branchen), wird gerne ignoriert. Denn dann müsste man sich auch eingestehen, dass auch das Verfehlen von Einsparzielen seinen Grund in solchen für das politische System nicht kontrollierbaren Entwicklungen hatte und hat. Mojib Latif hat in diesem Zusammenhang von der Aufrechterhaltung einer großen Illusion gesprochen (Hinweis bei Welzer 2019:72; s. auch Konicz 2020:138ff).

Wie aber wäre diese Illusion auflösbar? Die Beiträge in diesem Band gehen an die Wurzeln der Probleme und weisen auf die Besonderheiten der Reichtumsproduktion in der vorherrschenden Wirtschaftsweise hin, die eng mit einem Wachstumszwang verbunden ist und die sich fundamental in die Wirtschafts- und Lebensweisen eingepägt hat. Es zielt also an den Problemursachen vorbei, wenn bloße Appelle an Wirtschaftsakteure sowie Konsument*innen gerichtet werden und (dann eben notwendigerweise halbherzige) rechtliche Regularien eingeführt werden, die sich weiterhin innerhalb dieser Illusion bewegen.

20 Siehe dazu auch die Beiträge *Verdrängte Kosten* und *Wie Sand am Meer* in diesem Band.

Eine dritte Nachfrage: Schutzziel Menschen?

Es ist allerdings noch ein ganz anderes Verständnis von Schutz möglich: Das Schutzobjekt wäre dann nicht das Klimasystem, wie immer ein Schutz desselben auch aussehen könnte, sondern es wären die Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind und unter den Veränderungen und Auswirkungen zu leiden haben und zu leiden haben werden. Dann wäre die Anpassungsseite im Fokus, es ginge also um Maßnahmen, die Risiken minimieren und veränderte Klimabedingungen erträglicher machen. Diesbezüglich wird eine große Bandbreite unterschiedlicher Maßnahmen diskutiert, so etwa Schutzvorkehrungen in Bezug auf Meeresspiegelanstieg oder Starkregenereignisse, Klimatisierung von Gebäuden, Waldumbau hin zu trockenresistenteren Arten, Sicherung von Mobilität und Kommunikationseinrichtungen u.a. Hier wäre dann auch ein enger Bezug zu Gesundheitsfragen hergestellt, die in den meisten Analysen zu den Folgen des Klimawandels eine prominente Rolle einnehmen. So gibt es Untersuchungen, die belegen, dass Temperaturveränderungen die Ausbreitung von Mücken mit Krankheitserregern beeinflussen, das Immunsystem schwächen sowie Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislaufbeschwerden und mentale Beschwerden hervorrufen oder verstärken können (Leal Filho et al. 2016). Während die weiter oben genannten Maßnahmen eher die Produktions- und Verwertungsseite betreffen, ist mit dem Fokus auf Gesundheit die Forderung verbunden, nicht nur materielle Dinge, sondern die Bevölkerung selbst zu schützen.

In einem kürzlich veröffentlichten Appell hat der *Club of Rome*, dessen Berichte in der Vergangenheit immer wieder Entwicklungsdefizite und -alternativen deutlich gemacht haben,²¹ darauf hingewiesen, dass Probleme und Problemlösungen auf mehreren Feldern zusammen angegangen werden müssen, und, so die optimistische Sicht, aktuell durchaus eine Situation entstanden sei, in der sich grundsätzlichere Lösungen realisieren ließen. Auch wenn hier sicherlich nicht das analytische Niveau erreicht ist, das mit der Identifizierung der »multiplen Krisen« und ihrer Ursachen sowie der daraus resultierenden Handlungsoptionen in den kritischen Politikwissenschaften (s. Brand 2009) gegeben ist, wird dennoch eine interessante Perspektive eröffnet, mit der die derzeit alles dominierende Pandemiediskussion in einen breiteren Kontext gestellt wird. Vielfältige

21 Beginnend mit den vielzitierten *Grenzen des Wachstums* 1972.

Aspekte, wie »*wildlife trafficking, unsustainable food systems, biodiversity loss and deforestation*« werden als Treiber der Krise benannt, umrahmt von globalen, Grenzen überschreitenden Problemen wie Klimawandel, Biodiversitätsverluste und Finanzkrisen.²² Dennis Meadows, einer der Hauptautoren von *Grenzen des Wachstums* (1972), hat als Hauptursache für die Probleme das Primat der Effizienz gegenüber der Resilienz benannt,²³ was auch dahingehend übersetzt werden kann, dass die Dominanz wirtschaftlicher Forderungen aufgehoben werden muss, um Handlungsoptionen zu schaffen und zu erhalten. Die Forderung von Ulrich Brand, »den inneren Zusammenhang zwischen den Krisen zu entschlüsseln und daraus gesellschaftliche Konsequenzen zu ziehen« (Brand 2009:5), kann durchaus auch aus den Empfehlungen des *Club of Rome* herausgelesen werden, auch wenn die Krisendeutung eine andere ist als bei Brand. Dieser sieht die Krisen »als Resultat eines neoliberalen und imperialen Umbaus des Kapitalismus«, erkennt bestehende Instrumente als untauglich für die Krisenbewältigung und fordert eine Überwindung der »dominanten gesellschaftlichen Orientierungen« durch »neue attraktive Lebensformen, die gerecht sind und gleichzeitig über die auf Disziplin, Wachstum und entpolitisierten Konsumismus basierende Lebensweise hinausgehen« (Brand 2009:13). Ähnliches ist durchaus auch bei Meadows u.a. angedeutet, auch wenn mit »Resilienz« nach Möglichkeiten innerhalb bestehender Rahmenbedingungen gesucht und nicht auf einen grundsätzlicheren Systemwandel hingearbeitet wird.

Fazit

Die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen auf vielen unterschiedlichen Ebenen ist sicherlich wünschenswert und überfällig. Wenn Akteure motiviert werden können, ihre Beiträge dazu zu leisten, dann ist das aller Anstrengungen wert. Wenn ihnen versichert wird, dass sie damit »Klimaschutz« praktizieren, mag dies unter pragmatischen Gesichtspunkten akzeptabel sein, problematisch finde ich jedoch, dass sich damit der Fokus entscheidend verändert. Die Notwendigkeit, grundsätzliche und

22 <https://clubofrome.org/impact-hubs/climate-emergency/covid-19-pandemic-message-from-the-co-presidents-of-the-club-of-rome/> (abgefragt 21/6/2020)

23 <https://www.chelseagreen.com/2020/limits-to-growth-covid-epidemic/> (abgefragt 21/6/2020)

verallgemeinerbare Veränderungen in den Produktions- und Konsummustern zu erreichen, wird nicht mehr thematisiert. Wenn dies unterbleibt und jeder einzelne Beitrag bereits als zielführend erscheint, dann wird darauf verzichtet, Prioritäten zu setzen, weitergehende Forderungen zu stellen und koordiniertes Handeln anzumahnen. Es muss dann auch nicht weiter gefragt werden, inwieweit nationale und internationale Politik – entgegen allen Verlautbarungen – ihren eigenen Ansprüchen, zukünftige Lebensbedingungen zu sichern, gerecht wird. Es fällt dann leicht, gegenläufige Interessen und Barrieren auszublenden, die Veränderungen blockieren und die im Sinne einer kollektiven Anstrengung identifiziert und überwunden werden müssten. Es unterbleibt dann aber meist auch, die Maßnahmen in einem komplexeren Zusammenhang zu sehen, um etwa Rebound-Effekte auf unterschiedlichen Ebenen zu vermeiden oder um Mittel wirkungsvoller einzusetzen.

Es entfällt dann auch die Notwendigkeit, grundsätzlicher auf die Ursachen zu blicken, die den ›multiplen Krisen‹ zugrunde liegen und die, isoliert (und z.T. mit unzureichenden Mitteln), nicht entscheidend beeinflusst werden können. Wenn jede Maßnahme der Treibhausgasreduzierung ›gut‹ ist und vermeintlich bereits einen Lösungsbeitrag zum ›Klimaproblem‹ zeitigt, werden Entscheidungen quasi als technokratische innerhalb nicht hinterfragter Rahmensetzungen getroffen.

Nach der vorliegenden Argumentation ist Begriff ›Klimaschutz‹ pure Augenwischerei, selbst dort, wo in globalen Übereinkünften vermeintlich ›das Ganze‹ in den Blick genommen wird. Andererseits ist der Begriff allgegenwärtig, und es ist kaum möglich, dieser Rhetorik gänzlich zu entgehen. Es sollte aber zumindest klar sein, dass sich dahinter nicht viel mehr verbirgt, als einen irgendwie gearteten Beitrag zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen zu leisten. Demgegenüber wäre es jedoch wichtig, zu einem Entscheidungsmodus zu gelangen, mit dem das Problem der anthropogenen Beeinflussung des Klimasystems umfassender und im Hinblick auf kollektive Handlungsmöglichkeiten thematisiert und kritisch reflektiert werden kann.

Literatur

- Borsch, Peter, Jürgen-Friedrich Hake (Hrsg. 1998): Klimaschutz – Eine globale Herausforderung. Landsberg am Inn: Bonn aktuell, im Verlag moderne Industrie.
- Borsch, Peter, Jürgen-Friedrich Hake (Hrsg. 1998): Klimaschutz – Eine globale Herausforderung. Landsberg am Inn: Bonn aktuell, im Verlag moderne Industrie.
- Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise – Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf
- Fünfter Sachstandsbericht des IPCC / Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (2014), mit den Teilberichten zu Synthesereport / The Physical Science Basis / Impacts, Adaptations, and Vulnerability / Mitigation of Climate Change. Abrufbar über www.ipcc.ch/reports/ar5/
- Gesang, Bernward (2011): Klimaethik. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Herrler, Christoph (2017): Warum eigentlich Klimaschutz? Zur Begründung von Klimapolitik. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Konicz, Tomasz (2020): Klimakiller Kapital - Wie ein Wirtschaftssystem unsere Lebensgrundlagen zerstört. Wien, Berlin: Mandelbaum kritik&utopie.
- Leal Filho, Walter et al. (eds. 2016): Climate Change and Health – Improving Resilience and Reducing Risks. Cham u.a.: Springer.
- Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation (SREX) (2012) <https://archive.ipcc.ch/report/srex/>
- Previšić, Boris (2020): CO₂: fünf nach zwölf – wie wir den Klimakollaps verhindern können. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag.
- Santarius, Tilman (2014): Der Rebound-Effekt: ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation. GAIA, 23(2): 109-117.
- Special Report 2018 Global Warming of 1,5 °C www.ipcc.ch/sr15
- UNEP (2017): Emissions Gap Report 2017. www.unenvironment.org/resources/emissions-gap-report-2017
- Welzer, Harald (2019): Alles könnte anders sein – Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.